

THÜR. LANDTAG POST  
06.06.2019 12:12

12214 119



Vereinte  
Dienstleistungs-  
Gewerkschaft

ver.di • LBz Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thür. • Karl-Liebknecht-Str. 30-32 • 04107 Leipzig

Tarifkoordinatorin

Landesbezirk Sachsen,  
Sachsen-Anhalt, Thüringen  
Karl-Liebknecht-Str. 30-32  
04107 Leipzig

Thüringer Landtag  
Ausschuss für Bildung, Jugend und Sport  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

E-Mail:  
[poststelle@landtag.thueringen.de](mailto:poststelle@landtag.thueringen.de)

Thüringer Landtag  
Z u s c h r i f t  
6/3078

zu Drs. 6/6956

Telefon: 0341/5 29 01 - 0  
Telefax: 0341/5 29 01 - 500  
[www.sat.verdi.de](http://www.sat.verdi.de)

Datum

6. Juni 2019

Ihre Zeichen

Unsere Zeichen

Tel.-Durchwahl

Fax-Durchwahl

E-Mail

## Den Mitgliedern des AfBJS

### Stellungnahme

zum Gesetzentwurf zur Änderung des Thüringer Kindertagesbetreuungs-  
gesetzes – GE der Fraktionen Die LINKE, SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN;  
Drucksache 6/6956

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bedanken uns für Möglichkeit der Stellungnahme im Rahmen des Anhörungs-  
verfahrens gemäß § 79 Geschäftsordnung des Thüringer Landtages zum o.a. Ge-  
setzentwurf.

Allen nachfolgenden Ausführungen vorangestellt, begrüßt ver.di die Initiative des  
Freistaates, weitere qualitätsverbessernde Maßnahmen im Bereich der Kindertages-  
betreuung, wie die Verbesserung der Qualität und die Personalschlüssel erhöhen zu  
wollen. Und dies vor dem Hintergrund der Umsetzung der Regelungen des Bundes-  
gesetzes zur Weiterentwicklung der Qualität und zur Teilhabe in der Kindertagesbe-  
treuung vom 18. Dezember 2018.

Kritisch sehen wir allerdings die Tatsache, dass die im § 3 Absatz 3 des Gute-Kita-  
Gesetzes formulierte Beteiligung u.a. der Sozialpartner bei der Ermittlung der Hand-  
lungsfelder, Maßnahmen und Handlungsziele unseres Erachtens nicht ausreichend  
gewesen ist. Beteiligung i.S.d. hier definierten Aufgaben verstehen wir als Prozess  
zur nachhaltigen Entwicklung des Kindertagesbetreuungssystems in Thüringen. Dies  
hat so leider nicht stattgefunden.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf:

1. Grundsätzlich ist die Verbesserung des Personalschlüssels zu begrüßen, jedoch ausreichend ist dieser nicht. Die Erhöhung des Personalschlüssels gleicht u.E. nur die höheren ermittelten Fehlzeiten aus und wird sich so nur minimal auf die angespannte Personalsituation auswirken.
2. Die Einrechnung bzw. Verbesserung von fachliche Arbeit außerhalb der Gruppen verbessert den Personalschlüssel. Für die betroffenen Beschäftigten allerdings wäre hilfreicher, wenn ein Zeitbudget pro Woche oder Tag je Arbeitnehmer / oder VZÄ konkret festgelegt ist, welches für die Arbeit außerhalb der Gruppe zur Verfügung steht. Die reale Situation in den Einrichtungen ist in der Regel die, dass viele Beschäftigte die sogenannten „Schreibarbeiten“ (Dokumentationen etc.) mit nach Hause nehmen.
3. Das zusätzliche beitragsfreie Kita-Jahr ist durchaus ein Schritt in die Richtung beitragsfreie Bildung und ist durchaus zu begrüßen, allerdings wären aus unserer Sicht und vor dem Hintergrund aktueller Problemlagen andere Maßnahmen für drängender. (z.B. Personalausstattung, Leitungsfreistellung, FK-Nachwuchsgewinnung, kostenfreie Verpflegung aller Kinder)  
Für mehr Transparenz bei der Personalberechnung zur Förderung von Kindern mit Förderbedarf nach § 8 Abs. 3 ist hilfreich, den Personalbedarf im Bedarfsplan mit auszuweisen oder im Kita-G konkrete Mindestbedarfe festzuschreiben. An dieser Stelle sehen wir auch einen Mindestschlüssel für Sprachförderung als erforderlich. (z.B. für Integration)
4. Der Gesetzentwurf bleibt jedoch an einigen Punkten hinter den Erwartungen zurück. Es fehlen grundlegende und weitergehende Überlegungen, wie dem Fachkräftemangel und den schwierigen, belastenden Arbeitsbedingungen entgegengewirkt werden kann. Vor dem Hintergrund ist fraglich, wie die geplanten 530-550 Erzieher\*innen gewonnen werden können? Es fehlen, z.B. Ideen und Vorschläge zur Entwicklung und Realisierung für den Ausbau der Kapazitäten in den Studiengängen Soziale Arbeit und Kindheitspädagogik, sowohl in den Bachelor- als auch Masterstudiengängen, der Gewinnung von Lehrkräften, z.B. durch akademisch gebildete Praktiker\*innen (z.B. Fachberater\*innen, Fortbildner\*innen), der systematische Ausbau der Kapazitäten in den Universitäten für das Lehramt an berufsbildenden Schulen / Sozialpädagogik, und Promotionsprogramme zur Gewinnung professoralen Nachwuchses für die o.g. Studiengänge.  
Die Gewinnung, Ausbildung und Weiterqualifizierung der Fachkräfte für die Kitas und für das Unterstützungs- und Ausbildungssystem stellt aktuell die größte Herausforderung dar.  
Die sogenannte Fachkräfteoffensive bringt für Thüringen 2019 insgesamt 61 neue Auszubildende und 2020 dann 60. Das ist mit Blick auf den Fehlbedarf völlig unzureichend.

Wir möchten an dieser Stelle auch noch einmal deutlich machen, dass ver.di in diesem Zusammenhang dringend davon abrät, „Lösungen“ zum Fachkräftemangel wie Kurzeitbildungen, Erweiterung der Fachkraftdefinition oder die Öffnung der Fachkräftekataloge in Betracht zu ziehen. Unseres Erachtens muss die Ausbildung von Fachkräften (im Sinne des Fachkräftegebots) auf allen Ebenen des Systems und die dauerhafte Begleitung der Fachkräfte prioritär im Gesetz herausgestellt werden.

### **Fazit**

Das Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. Neben der Verbesserung der Personalschlüssel ist auch der Ausbau der Beitragsfreiheit nach Maßgabe unserer obigen Ausführungen zu begrüßen. Der Ausbau der Beitragsfreiheit und die damit avisierte Verbesserung der Inanspruchnahme von Betreuungsleistungen darf jedoch nicht auf dem Rücken der Beschäftigten erfolgen. Beitragsfreiheit führt nicht dazu, dass die Rahmenbedingungen der sozialen Arbeit verbessert werden.

Es ist zu prüfen, ob nicht nach wie vor eine soziale Staffelung von Beiträgen sinnvoll sein kann, die Familien mit niedrigen Einkommen entlastet und Bemessungsgrenzen sozial staffelt.

ver.di fordert darüber hinaus die weitergehende Verbesserung der Personalschlüssel in den Kitas und per Gesetz festgeschriebene Fachkraft-Kind-Schlüssel. Im Zentrum stehen die Kennzahlen für den Personalschlüssel.

Ver.di orientiert sich hierbei an den Mindeststandards der Europäischen Kommission. Für Kinder bis 1,5 Jahre: 3 Kinder zu einer Fachkraft. Für Kinder zwischen 1,5 und 3 Jahren: 4 Kinder zu einer Fachkraft. Für Kinder zwischen 3 Jahren und dem Schuleintritt: 8 Kinder zu einer Fachkraft und für Kinder ab dem Schuleintritt: 10 Kinder zu einer Fachkraft.

In diesem Personalschlüssel müssen Vor- und Nachbereitungs- sowie Ausfallzeiten in entsprechender Größenordnung eingerechnet werden. Zusätzlich bedarf es einer ausreichenden Anzahl von Freistellungstagen (mind. 10 pro Jahr) für Qualifizierung, die in die Personalbemessung eingerechnet werden. Im Personalschlüssel dürfen Praktikant\*innen und Zusatzfachkräfte sowie Auszubildende nicht eingerechnet werden. Leitungsfreistellung muss an die gewachsenen Anforderungen an Leitungen angepasst werden.

Aus den Reihen der Beschäftigten – also sowohl Erzieher\*innen, Praxisanleiter\*innen sowie Auszubildenden – verstärkt sich unsere Position, dass dringend und kurzfristig weitere Änderungen zu folgenden Regelungen vorgenommen werden müssen:

- keine Anrechnung der Auszubildenden auf den Personalschlüssel,
- fundierte und zeitnahe Ausbildung der Praxisanleiter\*innen für die Auszubildenden des Modellprojekts sowie die Praktikant\*innen der vollzeitschulischen Ausbildung,



Vereinte  
Dienstleistungs-  
Gewerkschaft

- Anerkennung der Arbeit der Praxisanleiter\*innen durch Anrechnungsstunden und einen finanziellen Zuschlag durch ein aufzulegendes Programm des Landes.

Abschließend fordert ver.di, dass sich das Land Thüringen auf Bundesebene für eine Erhöhung und Verstetigung der Mittel für den Bereich der frühkindlichen Bildung einsetzt und mithilft die Ausbildungskapazitäten für die pädagogischen Berufe zu erhöhen.

Im Übrigen gestatten wir uns den Verweis auf unsere Stellungnahme vom 24.01.2017, in der wir bereits auf einige Aspekte eingegangen sind.

Freundliche Grüße

## Stellungnahme zum Gesetzentwurf

**„Thüringer Gesetz über die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege als Ausführungsgesetz zum Achten Buch Sozialgesetzbuch - Kinder- und Jugendhilfe**

**(Thüringer Kindertageseinrichtungsgesetz – ThürKitaG)**

### Vorbemerkungen:

Vorangestellt an dieser Stelle wollen wir deutlich machen, dass wir die Initiative der Landesregierung dahingehend positiv bewerten, die geltenden gesetzlichen Regelungen nicht nur auf den Prüfstand zu stellen, um zu entsprechenden Verbesserungen und Anpassungen nicht nur aufgrund bundesrechtlich veränderter Vorschriften zu kommen, sondern gleichermaßen eine Anpassung an veränderte Rahmenbedingungen vorzunehmen.

Die damit verbundene Umsetzung der im Koalitionsvertrag formulierten Vereinbarungen der Regierungsparteien begrüßen wir.

Gleichwohl sehen wir als Gewerkschaft ver.di im vorliegenden Gesetzentwurf eine Reihe von Punkten unberücksichtigt oder unzureichend geregelt, auf die wir im Einzelnen eingehen werden.

Fakt ist, dass Investitionen in die **Qualität der Rahmenbedingungen** unumgänglich sind, denn die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen steht und fällt mit ihnen. Auf diesen Zusammenhang haben verschiedene Studien immer wieder hingewiesen. Sie betonen übereinstimmend die große Bedeutung der Strukturmerkmale für die Qualität der Bildungsprozesse und -ergebnisse im Elementarbereich. Zum Wohl der Kinder unseres Landes müssen deshalb finanzielle Ressourcen vor allem zugunsten guter personeller Rahmenbedingungen in Kindertageseinrichtungen gebündelt werden. Gute Rahmenbedingungen sind eine grundlegende Voraussetzung für die Qualität frühkindlicher Bildungsangebote, die ebenso, wie eine optimale Erziehung und Betreuung die Basis für bessere Chancen und Zukunftsperspektiven von Kindern und Jugendlichen bilden.

Zum vorliegenden Gesetzentwurf und den Änderungen im Einzelnen:

### **Zu § 6 Trägerschaft, hier Absatz 2**

Die unter Absatz 2 aufgenommenen Regelungen der Trägerverantwortung, hinsichtlich der Verantwortung als Arbeitgeber für die Gesundheit des pädagogischen Fachpersonals Vorsorge zu treffen, bewerten wir als positiv, halten jedoch einen weitergehenden oder ergänzenden Vorschlag einer gesetzlichen Regelung für angemessen.

Ggf. Einfügung im Absatz 2 oder neuer Absatz:

„Der Träger ist verantwortlich für die Durchsetzung und Umsetzung des betrieblichen Gesundheitsschutzes/einer betrieblichen Gesundheitsförderung mit dem Ziel, die Arbeit und die Arbeitsbedingungen so zu organisieren, dass diese nicht Ursache von Erkrankungen oder

Gesundheitschädigungen sind. Der Träger fördert die Erhaltung bzw. Herstellung gesundheitsgerechter Verhältnisse am Arbeitsplatz sowie gesundheitsbewusstes Verhalten. Die betriebliche Gesundheitsförderung soll auf einem aktiv betriebenen Arbeits- und Gesundheitsschutz basieren und so zu einer Reduzierung von Arbeitsunfällen, Berufskrankheiten, sowie arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren beitragen und durch den Abbau von Fehlzeiten und Vermeidung von Betriebsstörungen die Betriebsfähigkeit dauerhaft zu erhalten. Als Orientierung für die Umsetzung dieser Rechtsvorschrift dienen dem jeweiligen Träger der Einrichtung die tariflichen Regelungen des TVÖD für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes.

#### **Zu § 8, hier zu Absatz 4**

##### **Angebote für behinderte und von Behinderung bedrohte Kinder sowie für weitere Kinder mit Förderbedarf**

Im Rahmen von Inklusion und Integration und insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation bzw. Kindern mit Migrationshintergrund und sich daraus ergebender erhöhter Anforderungen muss an dieser oder anderer Stelle im Gesetz eine klare Regelung dahingehend formuliert werden, dass dem damit verbundenen Mehraufwand an pädag. und Betreuungsarbeit (hier auch entspr. Elternarbeit) entsprechend Rechnung getragen wird. Unter anderem auch durch eine z.B. zeitweise Erhöhung des Personalschlüssels für einen Zeitraum von mind. 6 Monaten der Eingewöhnung/Integration.

Die erforderlichen Stellen sollten im Bedarfsplan der Einrichtung ausgewiesen werden.

#### **§ 13 Öffnungs- und Betreuungszeiten**

Im Zusammenhang mit der für die pädagogischen Fachkräfte wichtigen Fragen der Vor- und Nachbereitung halten wir es für erforderlich, entweder an dieser Stelle ergänzend bzw. konkret im § 15 eine Regelung aufzunehmen, welche einen Zeitfaktor bzgl. Bereithalten für Schließzeiten wegen Fort- und Weiterbildungen beinhaltet.

#### **§ 14 Räumliche Ausstattung, hier Absatz 2**

Die im Absatz 2 enthaltene Möglichkeit der befristeten Ausnahmegenehmigung sollte u.E. dahingehend konkretisiert werden, was unter dem Begriff „befristet“ gemeint ist oder aber im Wege der VO-Ermächtigung zu regeln ist.

#### **§ 15 Personalausstattung, hier zu Absatz 2 Satz 1**

An dieser Stelle halten wir folgende Änderung im Gesetz für dringend geboten, um den gestiegenen qualitativen Anforderungen an die Bildungsarbeit im Bereich der frühkindlichen Bildung Rechnung tragen zu können.

Vorschlag für eine alternative Formulierung:

„Zur Erfüllung des Rechtsanspruchs nach § 2 Abs. 1 Satz 2 dieses Gesetzes soll eine pädagogische Fachkraft in der Regel insgesamt nicht mehr als:

1. drei Kinder im ersten Lebensjahr,
2. fünf Kinder im Alter zwischen einem und zwei Jahren,
3. sechs Kinder im Alter zwischen zwei und drei Jahren,
4. zwölf Kinder nach Vollendung des dritten Lebensjahres bis zur Einschulung,
5. sechzehn Kinder im Grundschulalter betreuen.“

Eine unveränderte Berücksichtigung der derzeit veranschlagten Ausfallzeiten von 10 % (Arbeitsunfähigkeit, Urlaub, Weiterbildung) ist aus unserer Sicht und den realen Bedingungen vor Ort völlig unzureichend, hier bedarf es einer dringend erforderlichen Anpassung auf eine mindestens 20%ige Berücksichtigung von Ausfallzeiten.

Die Berechnungsgrundlage des Personals sollte an den realen und bedarfsgerechten Öffnungszeiten orientiert werden. Eine Orientierung bzw. Berechnung von 9 Stunden, bei vorzuhaltender Öffnungszeit von 10 Stunden bedeutet letztlich auch einen veränderten und geringeren Schlüssel

Der Zeitanteil an Vor- und Nachbereitungszeiten ist aus unserer Sicht konkret zu definieren.

## **§ 16 Leitung einer Kindertageseinrichtung**

Die im § 16 Absatz 3 enthaltene Beschränkung, die Leitung einer Kindertageseinrichtung auf max. 1,0 Vollzeitstellen zu beschränken, halten wir vor dem Hintergrund des Tarifabschlusses für den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes im Bereich des öffentlichen Dienstes für nicht angemessen. Die Zielsetzung einer geänderten Gesetzesformulierung sollte grundsätzlich darin bestehen, auch hier bereits vorhandene Regelungen, auch aus Tarifverträgen zu übernehmen, um so gleiche Bedingungen für alle Träger umzusetzen. Die Bestellung stellvertretender Leitungen von Kindertageseinrichtungen, wie im Tarifvertrag Sozial- und Erziehungsdienst würde u.E. bei Beibehaltung dieser Beschränkung weiterhin erschwert werden.

Daher halten wir an dieser Stelle die Aufnahme einer zusätzlichen Regelung für geboten, zum Beispiel durch die Aufnahme eines zusätzlichen Absatz 4

„In Einrichtungen ab 40 Kinder ist eine stellvertretende Kita Leitung zu bestellen.“

Grundsätzlich halten wir unter § 16 folgende Formulierung für angebracht:

„Es sind pro Einrichtung mindestens ein/e Leiterin/Leiter und mindestens eine/ein durch ausdrückliche Anordnung/Bestellung benannte ständige/r Vertreterin/Vertreter von Leiterinnen/Leitern zu benennen.

Für Leitungsfunktionen sind sozialpädagogische Fachkräfte und/ oder Beschäftigte mit entsprechender (langjähriger) Berufserfahrung vorzusehen.“

## **§ 18 Fortbildung, hier Absatz 1**

Wir begrüßen an dieser Stelle ausdrücklich die Berücksichtigung der unterschiedlicher individueller Wochenarbeitszeiten und die Klarstellung, dass bei der Freistellung für Fort- und Weiterbildung auf 2 Arbeitstage im Umfang einer VzÄ künftig abgestellt werden soll.

## **§ 22 Landeszuschüsse zu Kindertagesbetreuung**

Im Absatz 1 wird vorgeschlagen, eine Ergänzung dahingehend vorzunehmen, statt „Kosten“ „tatsächliche Personalkosten“ aufzunehmen.

Hintergrund ist, dass im Absatz 2 bzgl. der Zahlung der Landespauschalen darauf abgestellt wird, dass diese für Kinder bis zum 3 Lebensjahr je belegtem Platz, ab 3 Lebensjahr je Kind gezahlt werden.

Das hat zur Folge, dass Träger von Einrichtungen die Arbeitsverträge der Arbeitnehmer sehr flexibel gestalten, so dass monatliche Änderungen der Arbeitszeit und des damit verbundenen entsprechenden Einkommens erfolgt nach der monatlichen Neuberechnung der Personalstärke. Die Träger begründen dies mit der Finanzierungspraxis des Landes, wonach die besonderen Finanzaufweisungen für die Kinder unter drei Jahren nach Anzahl der tatsächlich besetzten Plätze gezahlt werden.

Was spricht dagegen die besonderen Finanzaufweisungen für die Kinder unter drei Jahren nicht mehr nach der tatsächlichen Anzahl der besetzten Plätze, sondern vielmehr nach den Plätzen laut Bedarfsplan auszus zahlen? (Der Missbrauch – Vorhaltung von Plätzen ohne Bedarf- durch die Kommunen ist unwahrscheinlich, weil die Gemeinden für diese Plätze hohe Eigenanteile zahlen müssten)

Alternativ wäre folgende Formulierung denkbar.

„Für jeden in einer Kindertageseinrichtung bzw. Kindertagespflege mit einem Kind im Alter unter einem Jahr entsprechend dem Bedarfsplan ausgewiesenen Plätze zahlt das Land eine Landespauschale in Höhe von 170 € monatlich. Für jeden in einer Kindertageseinrichtung bzw. in einer Kindertagespflege mit einem Kind im Alter zwischen einem Jahr und drei Jahren entsprechend dem Bedarfsplan ausgewiesenem Plätze zahlt das Land eine Landespauschale von 290 € monatlich.“

Die Finanzierung des Personals in Einrichtungen die länger als 9 Stunden geöffnet haben, muss entsprechend gesetzlich festgelegt werden und sollte nicht den Kommunen überlassen werden.

Grundsätzlich vermissen wir im Gesetzentwurf die Umsetzung einer im Koalitionsvertrag getroffenen Vereinbarung.

Die Koalitionspartner hatten sich darauf verständigt, „...mit den Sozialpartnern Wege zu beraten und zu unterstützen, welche guten und tarifvertraglich vereinbarten Arbeitsbedingungen (Grundlage ist der TVöD) flächendeckend zur Geltung zu verhelfen.“



Im vorliegenden Gesetzentwurf ist an keiner Stelle der Verweis darauf, dass Landeszuschüsse an eine entsprechende Tarifbindung des Trägers gekoppelt ist. Die reale Situation in den Kindertagesstätten unterschiedlicher Träger macht leider deutlich, dass wir erhebliche Unterschiede in den Arbeits- und entgeltbedingungen der Beschäftigten vorfinden, die allein im Entgeltbereich zwischen 20-30 Prozent bzw. weit unter dem Tarifniveau des öffentlichen Dienstes liegen. Von Entgeltgleichheit sind wir in diesem Berufsfeld weit entfernt. Die Aufnahme einer Mindestregelung im vorliegenden Gesetz vorausgesetzten Tarifbindung für die Zahlung von Landeszuweisungen halten wir unabdingbar.

### **Ergänzend zu § 22 Absatz 6**

Das aus unserer Sicht mit der vorliegenden Formulierung sich ergebende Problem findet sich darin, dass „Die Landespauschale wird in Höhe des Elternbeitrages gezahlt.“

Im LK Greiz liegen diese z.B. von 10 € bis 165 €. Eine Gemeinde erhält 10 € die andere 165 €? Hier werden die Gemeinden, die bisher die Eltern nicht so hoch belastet haben schlechter gestellt als die Gemeinden die Eltern hoch zur Kasse bitten, oder schlecht wirtschaften.

Vorschlag: „Die Landespauschale wird in Höhe des durchschnittlichen Elterngebühren in Thüringen gezahlt, diese betragen in 2018 je 108 € im Monat je Kind.“

### **Beitragsfreies letztes Kitajahr**

Im Zusammenhang mit der Umsetzung des im Gesetzentwurf formulierten Anspruchs eines beitragsfreien Kitajahres stellt sich die Frage, welche Folgen sich ergeben, wenn im beitragsfreien letzten Kindergartenjahr Zurückstellungen von Kindern erfolgen. Je nach Größenordnung eines Trägers kann die Zahl der zurückgestellten Kinder zum Teil so hoch sein, dass bei dieser Zahl von Kindern eine Einrichtung betrieben werden könnte. (In Jena betrifft dies pro Jahr ca. 60 Kinder, bei 66 Kitas).

### **Fazit**

Die Qualität der Erziehung, Bildung und Betreuung von Kindern in Kindertageseinrichtungen steht und fällt mit den Rahmenbedingungen. Auf diesen Zusammenhang haben verschiedenen Studien immer wieder hingewiesen. Sie betonen übereinstimmend die große Bedeutung der Strukturmerkmale für die Qualität der Bildungsprozesse und -ergebnisse im Elementarbereich:

**Je günstiger die Fachkraft-Kind-Relation, je kleiner die Gruppen, je besser das Ausbildungsniveau der pädagogischen Fachkräfte und je mehr Zeit für Vor- und Nachbereitung der Angebote zur Verfügung steht, desto höher ist die Qualität der pädagogischen Prozesse und die individuelle kindbezogene Förderung.**



Landesbezirk Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen

**Der vorliegende Gesetzentwurf enthält zwar an einigen Stellen bereits positive Veränderungen, ist allerdings bei der wesentlichen Frage des Personalschlüssels, einer bisher nicht erfolgten Regelung einer Tarifbindung als Träger von Kindertageseinrichtungen (Voraussetzung für Zahlung von Landeszuweisungen) unzureichend ausgestaltet.**

i. A. des ver.di – Landesbezirkes Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen